

**Niederschrift  
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 28.06.2011**

<b>Sitzung Nr. 6 Ö</b>	<b>am Dienstag, 28. Juni 2011</b>
------------------------	-----------------------------------

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Alexander Eger

Gemeinderäte:	Geider Adolf	Köck Siegfried
	Haffner Gerhard	Pfleiderer Susanne
	Hecker Roland	Rehorst Tobias
	Heger Roman	Rössler Beate
	Heger Rudi	Runde Anneliese
	Heim Andrea	Schell Achim
		Speckert Benjamin
		Speckert Ferdinand
		Stegmüller Reino
	Ittensohn Karl	Vetter Theo
	Klemenz Birgit	Weinlein Albert

Protokollführer:

Gäste: Helmut Braun  
Werner Kleiber, Harry Zorn  
Dr. Gericke und Dr. Stöckner, Modus Consult (bei TOP 4)  
Hannes Schreiner (bei TOP 5)

Sitzungsbeginn: 19.00 Uhr

Sitzungsende: 22.15 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 17.06.2011 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 19 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Die Herren Gemeinderäte Walter Götzmann (Urlaub), Dr. Paul Hanke (Geschäftsreise) und Michael Herling  
Gemeinderat Reino Stegmüller (Urlaub)

Es fehlen unentschuldigt: keine

Es ergehen nachträgliche Glückwünsche zu den Geburtstagen der Gemeinderäte Dr. Paul Hanke, Karl Ittensohn, Anneliese Runde, Tobias Rehorst und Walter Götzmann.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert **Bürgermeister Dr. Eger** vom Wunsch aus dem Gemeinderat, die Tagesordnungspunkte 13 und 14 auf die September-Sitzung zu vertagen. Er halte dies für sinnvoll, weil die Tagesordnung sehr umfangreich ist. Deshalb sei möglich, dass für Zuhörer interessante Punkte nicht behandelt werden können. Außerdem schließe sich noch eine nichtöffentliche Sitzung an. Der Wunsch, die Tagesordnungspunkte zu verschieben, sei anscheinend mit anderen Fraktionen abgestimmt.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** führt in seiner Stellungnahme aus, dass seine Fraktion im Vorfeld nicht eingebunden war. Seine Fraktion sei der Meinung, den Tagesordnungspunkt 14 nicht zu behandeln, weil die Unterlagen nicht ausreichend erscheinen. Allerdings sei die Entscheidung des Tagesordnungspunktes 13 wegen des Schülerhorts und der Übergangslösung in der Parkringschule notwendig.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass er Kraft Amtes die Punkte absetzen könne. Allerdings werde er den Gemeinderat nach Eintritt in die Tagesordnung über die Vertagung abstimmen lassen.

<b>Sitzung am: Dienstag, 28. Juni 2011 Nr. 6 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 1</b>
<b>Bekanntgabe der am 24. Mai 2011 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse.</b>	
<b>Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 24. Mai 2011</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** gibt die folgenden Punkte aus der nichtöffentlichen Sitzung am 24. Mai 2011 bekannt:

- Vergabe von Baugrundstücken mit und ohne Förderung
- Erwerb eines Ackergrundstückes

<b>Sitzung am: Dienstag, 28. Juni 2011 Nr. 6 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 2</b>
<b>Bestellung von Urkundspersonen</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

Turnusgemäß werden die Herren Gemeinderäte Reino Stegmüller und Theo Vetter als Urkundspersonen vorgeschlagen.

**Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.**

Anschließend stellt **Bürgermeister Dr. Eger** den Antrag Tagesordnungspunkt 13 Nachfolgenutzung des Hallenbades Rot zur Abstimmung. Er weist darauf hin, dass nicht garantiert werden könne, dass dieser Tagesordnungspunkt in der laufenden Sitzung noch aufgerufen werde. Das Thema sei aufgenommen worden um

klarzustellen, dass die Verwaltung bereit sei, das Thema zu behandeln. Es könne allerdings auch vertagt werden.

Für **Gemeinderat Gerhard Haffner** ist es fraglich, ob über den Schülerhort noch zu entscheiden ist, ähnliches gelte für die Ganztagesesschule. Beides soll nach dem Koalitionsvertrag weiter entwickelt werden. Eventuell könne genaueres bis zur September-Sitzung vorliegen.

**Gemeinderat Roland Hecker** spricht sich namens seiner Fraktion für die Vertagung beider Tagesordnungspunkte aus. Er erinnert an den Antrag seiner Fraktion hinsichtlich des Jugendzentrums, der noch zu behandeln ist. Aus ihrer Sicht seien die Tagesordnungspunkte 13 und 14 nur gemeinschaftlich zu behandeln, weshalb man vertagen solle.

Auch **Gemeinderätin Andrea Heim** sieht noch Beratungsbedarf, weshalb die Vertagung der Punkte sinnvoll sei. Noch nicht klar sei die Gebäudeform und die Ausführung in Modulbauweise, weshalb man sich den Kindergarten der SAP im Gewerbepark anschauen wolle.

**Bürgermeister Dr. Eger** stellt den Tagesordnungspunkt 13 zur Abstimmung. Er erläutert sein kommendes Abstimmungsverhalten. Er befürchte, dass dieser Tagesordnungspunkt wegen der Beratung der vorhergehenden Tagesordnungspunkte nicht aufgerufen werden könne und deshalb Zuhörer enttäuscht werden könnten. Sinn mache es auch, sich die Modulbauweise zu betrachten, weil danach sachlicher diskutiert werden könne.

**Bürgermeister Dr. Eger** stellt die Vertagung des Tagesordnungspunktes 13 zur Abstimmung.

**Die Abstimmung ergibt 10 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen. Der Antrag auf Vertagung ist wegen Stimmengleichheit abgelehnt.**

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Bürgermeister Dr. Eger** die Vertagung des Tagesordnungspunktes 14 zur Abstimmung.

**Der Gemeinderat beschließt einstimmig, Tagesordnungspunkt 14 zu vertagen.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 28. Juni 2011 Nr. 6 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt:</b>	<b>3</b>
<b>Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung</b>		

**Ausführungen und Beschluss:**

Es werden keine Wünsche oder Anfragen vorgetragen.

<b>Sitzung am: Dienstag, 28. Juni 2011 Nr. 6 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt:</b>	<b>4</b>
<b>Rahmenplanung für die Umgestaltung der OD Rot;</b>		
<b>hier: Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzung und weitere Vorgehensweise</b>		

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** führt aus, dass das Ergebnis der Arbeitsgruppensitzungen vorgestellt werden und der Gemeinderat über das weitere Vorgehen entscheiden soll. Er begrüßt Dr. Gericke und Frau Dr. Stöckler, die die Arbeitsgruppensitzungen begleitet und moderiert haben. Er geht auf die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe ein, in der Vertreter die Interessensgruppen in der Bevölkerung repräsentieren sollten. Dazu gehörten Vertreter der Gemeinderatsfraktionen, der Schulen, Vertreter des ÖPNV, des Gewerbevereins für die Gewerbetreibenden, des Rettungswesens, der Polizei und der übergeordneten Behörden.

**Dr. Gericke**, Modus Consult, hält Sachvortrag entsprechend der Vorlage zur Sitzung am 24.05.2011 und verdeutlicht den Vortrag mit einer Präsentation. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Er gibt einen Überblick über die in der Arbeitsgruppe geleistete Arbeit. Er erwähnt dabei die Aufgaben und Ziele des Rahmenplans und geht auf die Gestaltungsvorschläge ein. Es wurde eine Bestandserhebung durchgeführt, ein Verkehrs- und Gestaltungskonzept sowie Maßnahmen und Kosten erarbeitet. Er stellt einzelne vorgeschlagene Maßnahmen vor und erläutert dazu die Hintergründe. Er geht auf die Gesamtkosten von rund 1,6 Millionen Euro ein und erwähnt, dass der erste Bauabschnitt rund 335.000 Euro kosten soll. Weiter sollte das Tempo in den vorgestellten Bereichen auf 30 km begrenzt und am Durchfahrtsverbot für LKW festgehalten werden. Weiter wäre eine zeitliche Parkraumbewirtschaftung und damit zusammenhängend die Überwachung durch einen Gemeindevollzugsdienst notwendig, weil nicht kontrollierte Festschreibungen nicht eingehalten werden.

Auf Nachfrage von **Bürgermeister Dr. Eger** bestätigt **Dr. Gericke**, dass die Fußgängerampel am Rathaus wegen der dort vorgesehenen Geschwindigkeit von 50 km/h erhalten bleibt.

Anschließend trägt **Bürgermeister Dr. Eger** den Beschlussvorschlag der Verwaltung vor. Er erinnert daran, dass nicht alle Maßnahmen gleich umgesetzt werden können. Hinsichtlich der Umgestaltungsvorstellungen bei der Einmündung Walldorfer/ Hauptstraße werde einvernehmlich mit den Grundstückseigentümern vorgegangen. Deshalb seien als erster Schritt Verhandlungen aufzunehmen, um zu klären, ob übereinstimmende Vorstellungen für den Erwerb durch die Gemeinde erarbeitet werden können.

Der folgende Beitrag von **Gemeinderat Karl Ittensohn** wird gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

„Sehr geehrter Herr Eger, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank dem Büro Modus Consult für die vorgelegte Planung und Ausführungen. Sie waren kurz, knackig und passend. Wir, die Freien Wähler, sind überzeugt, dass das Büro Modus Consult für unsere Gemeinde mit Sicherheit die richtige Entscheidung war.“

Das bisherige Vorgehen mit dem Arbeitskreis und der Verwaltung zeigt von einer gewissen Professionalität. Man sieht, dass sie hier in diesem Bereich tätig und zuhause sind. Wir haben im Arbeitskreis zuerst den Ist-Zustand erfasst, sehr genau, akribisch genau und dann wurde nach Lösungen gesucht wie man die Ortsdurchfahrt besser oder neu gestalten kann. Eine Maßgabe oder Grundlage der möglichen Umgestaltung war, dass die Hauptstraße keine klassifizierte Landstraße mehr ist. Die Freien Wähler verfolgen folgende Ziele oder haben die Ziele mit eingebracht

1. Sichere Teilnahme am Straßenverkehr der schwachen Verkehrsteilnehmer wie Radfahrer und Fußgänger. Der Durchgangsverkehr, dies ist eines unserer größten Ziele, sollte weitestgehend die Umgehungsstraße nutzen und hier sollte halt nach dem Motto fließender Verkehr, gibt auch eine Lärmreduzierung, gearbeitet werden, dass wir den Durchgangsverkehr aus der Straße herausbekommen.

Der öffentliche Nahverkehr und die Hilfsorganisationen müssen weiterhin die Straße gut befahren können. Stärkung der Ortsmitte durch die Schaffung eines attraktiven Umfeldes.

Wirtschaftsförderung sehen wir hier, die Hauptverkehrsstraßen sollen auch für den Einzelhandel interessant bleiben, bzw. müssen wieder interessant werden.

Mehr Aufenthaltsqualität, Grünfläche, Vernetzung von alter Schule mit dem Pfarrheim St. Mauritius.

Dann sollten Parkmöglichkeiten geschaffen werden und gute Erreichbarkeit der Schulen, Kindergärten und öffentlichen Gebäuden sollte gegeben sein.

In der vorgelegten Planung sind sehr viele Einzelmaßnahmen enthalten. Wir sind der Auffassung, dass wir die Veränderungen an den Stellen mit dem größten Gefahrenpotential beginnen sollten. Das war unsere Priorisierung.

Aus diesem Grund ist es aus unserer Sicht wichtig, die Veränderung der Einmündung Rosenstraße/ Zehntstraße in die Hauptstraße zu beginnen oder mit zu beginnen, denn die vorgelegte und vorgeschlagene Planung wird hier die Verkehrssicherheit der Fußgänger und Radfahrer sehr stark verbessern. Die Verengung der Fahrbahn im Bereich Rosenstraße bis zur Bushaltestelle wird zusätzlich noch die Geschwindigkeit in diesem Bereich herausnehmen. Wir bitten das Büro Modus Consult, den Verzicht der Bushaltestellen beidseitig noch mal zu überdenken, denn wir haben die letzte Zeit des Öfteren beobachtet, dass zwei Busse, obwohl es laut Fahrplan nicht sein sollte, stehen und die Straße somit in beiden Richtungen bis die Fahrgäste aus- und eingestiegen sind, absolut blockieren. Es bilden sich sehr lange Staus. Das hoffe ich, dass wir in der Detailplanung diese Punkte noch mal überarbeiten werden.

Als nächster Schritt sehen wir die Einmündung der Wieslocher Straße in die Bahnhofstraße. Wenn wir hier wie vorgeschlagen einen Minikreisel mit den Querungshilfen bauen, schaffen wir hier wesentlich mehr Sicherheit für unsere Radfahrer und Fußgänger. Durch diese beiden Maßnahmen hoffen wir, dass wir den ersten Nebeneffekt erreichen, dass die Fahrgeschwindigkeit zwangsläufig in diesem Bereich reduziert wird und hoffen natürlich, dass hier eine Verlängerung der Durchfahrzeit erreicht wird. So dass es vielleicht da schon attraktiver wird, für den Durchgangsverkehr die Umgehungsstraße zu nutzen.

Als nächsten Abschnitt sollten wir dann den Bau des Minikreisels Einmündung Erlengrund/Hauptstraße/Bahnhofstraße durchführen und realisieren. Hier haben wir nach unserer Meinung genügend Platz für den Kreisel. Und mit den Querungshilfen, die man dort errichtet, schützen wir natürlich auch die schwachen Verkehrsteilnehmer.

Die bisher genannten Maßnahmen sind in unseren Augen relativ unproblematisch zu lösen und fallen gebiets-technisch abgegrenzt in den Bereich des Sanierungsgebietes des Ortsteiles Rot hinein, wie eigentlich die Abgrenzung schon stattgefunden hat. Der schwierigste Teil der Maßnahme hat sich heute Abend auch wieder herauskristallisiert, ist natürlich die Einmündung Walldorfer Straße in die Hauptstraße. Hier hatten wir im Arbeitskreis nach verschiedenen Lösungen gesucht, die heute auch teilweise vorgestellt wurden. Haben dort auch alle Vor- und Nachteile in einer Art, möchte ich sagen, richtig alle Vorteile mit bis zu Totalbreak, dass keiner mehr durchfahren kann, diskutiert. Es wurden hier alle Möglichkeiten untersucht. In den heutigen Unterlagen oder in dem Plan, den Sie entworfen haben, ist die weitest gehende Lösung vorgestellt mit der Form und mit dem Abbruch der Gebäude oder Bausubstanz, die dort ist. Das wäre natürlich in unseren Augen die beste Lösung, wunderbar, würde alles passen. Aber wir glauben nicht daran, dass sich dies in Bälde realisieren lassen wird. In unseren Augen, wurde ja auch schon angesprochen, das Thema Kreisel, ist wahrscheinlich die bessere Lösung als die momentane Situation, die wir haben. Durch die Kreisellösung hätten wir ähnlich wie bei den anderen Einmündungen, könnten wir Querungshilfen schaffen, könnten den Radfahrer und den Fußgänger damit besser schützen und der Verkehr würde in diesem Bereich auch ruhiger werden. Die große Kreisellösung, wie Sie es genannt hatten, Herr Gericke, ist natürlich im ersten Moment etwas überraschend oder etwas eine Ausführung, die man sich so in der Form vielleicht nicht ganz vorstellen konnte, aber in unseren Augen wäre dies auch eine realistische Lösung. Der Fußgängerbereich oder die Leute, die darüber gehen müssen, ältere Leute, die zur Kirche wollen, haben hier eine Fahrbahnbreite von 3 m zu überqueren und müssen nicht in beide Richtungen schauen. Das ist hier der riesengroße Vorteil. Von Nachteil ist natürlich, wenn man aus Malsch kommt, Richtung St. Leon fährt, dass man um den ganzen Bogen herum fahren muss. Ich meine, so viel in Metern ausgedrückt ist es eigentlich nicht ganz das Thema.

Was wir in unseren Gemeinderatsunterlagen vermisst haben, Herr Gericke, war die Untersuchung mit dem Busverkehr, öffentlicher Personennahverkehr. was man durch so eine Lösung an Zeit verlieren würde oder was man länger braucht, oder ob es sich aufhebt. Das hatten wir vermisst. Und wenn man diese große Krei-

sellösung schaffen würde, ist zwar im ersten Blick die Situation der Wohnqualität der Anwohner, die es direkt dort betrifft, kann man davon ausgehen, dass es schlechter werden könnte. Aber ich glaube, die Leute, die dort vorne wohnen, da kann man eigentlich eine Wohnqualität fast nicht mehr verschlechtern. Eine Ampellösung bedeutet oder ist auch allgemein bekannt, dass hier durch das ständige Anfahren eine Lärmbelastung von mindestens 2-3 Dezibel höher vorhanden ist und mit diesen großen Kreisellösung wäre das Anfahren nicht mehr vorhanden.

Die Fraktion der Freien Wähler hatten lange auch in der Fraktionssitzung diskutiert und wir sind auch zu dem Entschluss gekommen, dass wir über diesen Punkt heute mit Sicherheit nicht entscheiden können, welche Variante oder welchen Weg wir dort machen werden, denn es fehlen einfach noch viele Randbedingungen. Vielleicht erreichen wir auch mit den kurzfristigen Maßnahmen die Situation, dass wir dort den Durchgangsverkehr schon draußen haben, das wäre ein Wunschdenken. Und dann können wir dort unter Umständen über eine ganz andere, einfachere Lösung diskutieren. Wir möchten nicht auf alle einzelnen Punkte eingehen, können aber für unsere Fraktion die Fortschreibung und Umgestaltung des Kindergartenweges mit dem Bauungsplan wie vorgelegt unterstützen.

Des Weiteren möchten wir wissen, was mit den angebotenen Häusern zwischen der Post/Bäckerei Feuerstein geschieht. Sollen diese Grundstücke gekauft werden, damit wir hier in diesem Bereich die Infrastruktur eventuell verbessern können? Wir hatten ja auch zum Ziel Verbesserung der Parkplatzsituation und Auflockerung der Gesamtsituation. Gibt es entlang der Bahnhofstraße/Wieslocher Straße noch weitere Angebote. Das sind die Fragen, die wir an die Verwaltung haben. Wenn ja, möchten wir dies im Gemeinderat wissen. Wenn nicht-öffentlich, dann im nichtöffentlichen Teil, hoffe ich.

Auch zur Verbesserung der Vernetzung Infrastruktur ist es uns ein Anliegen, das Haus Ecke Hinterstraße/Friedhofstraße in der Nähe vom Franziskushaus eventuell mit in die Gesamtsituation mit hinein zu planen oder zu nehmen. Im Ortseingang von Malsch kommend, sind wir der Meinung, entgegen der Aussage Herr Gericke, dass die Linksabbiegespur dort in unseren Augen eigentlich ganz verschwinden sollte. Man sieht es in vielen Ortseingängen, werden hier, wie Sie auch im Arbeitskreis gesagt haben, Schikanen gebaut um den Verkehr zu bremsen. Verkehrsinsel haben wir dort ja schon, die könnte man vergrößern und könnte dann durch diese Maßnahme auch wenn ein PKW links abbiegen möchte, die Situation erreichen, dass eben der Verkehr, der ortseingangs fährt auch stehen bleibt, oder die Geschwindigkeit reduziert wird. Nur durch diese Maßnahme werden wir dem Verkehr zur Reduzierung der Geschwindigkeit in diesem Bereich zwingen können, glauben wir Freie Wähler zumindest.

Die Kennzeichnung eines Schutzstreifens für die Radfahrer bis zur Siedlungsstraße sollten wir noch einmal überdenken. Vielleicht gibt es doch Sinn, die Radwege, die Fahrradfahrer über die angrenzenden Veilchenweg auf der anderen Seite Bachstraße, Viktoriastraße in den Bereich Ortskern zu leiten, denn wir haben hier in der Bahnhofstraße einen Bereich, den Sie ausgespart haben aus Gründen, weil die Straße zu schmal ist. Auch mit dem Schutzstreifen und zwar ist es von der Siedlungsstraße bis zur Wieslocher Straße. Ich fahr das täglich mehrmals und das ist immer mit Risiken verbunden, wenn hier Fahrradfahrer sich auf der Straße bewegen. Das ist ein Bereich, der uns im Moment wie er geplant ist, noch nicht so recht schmeckt, ob man da nicht doch eine andere Lösung finden könnte.

Für den Bereich Friedenstraße bis hin zum Kreisel der L 546 haben wir mit Sicherheit noch Zeit, die endgültige Planung festzulegen. Aber wir haben noch eine Frage bezüglich den Unterlagen, wo Sie vorschlagen, dass entlang des Rathauses zur Abgrenzung der Ortsmitte Rathaus/Harres zum Gewerbegebiet eine Natursteinmauer gebaut werden soll. Wir sind mit der Mauer noch nicht ganz einverstanden. Ob hier eine Abgrenzung sein muss, weil wir eigentlich glauben, dass die offene Bauweise, wie es im Moment ist, gut ist und wenn eine Natursteinmauer, hier stehen lauter moderne Gebäude, ob das so zusammen passt, das wissen wir noch nicht so recht.

Wir haben auch eine Frage, wenn es dann in die weitere Detailplanung geht, zum Thema Straßenbelag. Ich hoffe, dass das dann noch mal explizit behandelt wird. Denn der Straßenbelag sollte dann, wenn jetzt Geld in die Hand genommen wird, auch mitsaniert werden, so dass auch die Straße die nächsten 10,15 Jahre in Ordnung sein wird.

Wir können den Vorschlägen der Verwaltung zustimmen, haben aber zu dem Punkt 4 eine kleine Frage oder Ergänzung. Sie schreiben hier, die Verwaltung wird beauftragt, für die als kurzfristig bezeichneten Maßnahmen die erforderlichen Angebote für die erforderlichen Ingenieurleistungen beim Büro Modus Consult einzuholen. Wir wären hier froh, wenn wir im Vorfeld vor die, ich weiß nicht die Angebote, wie weit die sein sollen, ob das nur Planungen sind, was die Kosten sind, oder schon Detailkosten. Wir hätten das gerne vorher noch mal gesehen, wenn es machbar ist. Also das ist unser Wunsch.

Vielen Dank für Ihre Geduld und Ihre Aufmerksamkeit!"

**Bürgermeister Dr. Eger** geht auf die angesprochenen Grundstücksfragen ein, die auch das Anwesen Ecke Friedhof- / Hinterstraße betrafen, das wieder am Markt sei.

**Kämmereileiter Zorn** informiert dazu, dass das Angebot der Gemeinde übermittelt wurde, bisher sei keine Reaktion der Eigentümer erfolgt.

**Bürgermeister Dr. Eger** informiert, dass weitere Erwerbskonstellationen im Rahmen der Sanierung zu besprechen sind.

**Bauamtsleiter Kleiber** antwortet hinsichtlich der Ingenieurleistungen, dass zunächst Angebote für Ingenieur-

leistungen abgefragt werden, um die nächste Planungsstufe zu erreichen. Diese Angebote werden dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt.

**Gemeinderat Gerhard Haffner** beginnt seine Stellungnahme mit dem Dank an Dr. Gericke und führt dann aus, dass zunächst die Bürgerinformationsveranstaltung durchgeführt werden sollte, um die Anregungen in den Rahmenplan einarbeiten zu können. Anschließend könne der Beschluss des Gemeinderats erfolgen.

Zum Beschlusspunkt 3 halte seine Fraktion eine Abstimmung wegen der Kreisel mit den Verkehrsbehörden für notwendig. Beschlusspunkt 4 werde sich dadurch verschieben. Der Beschluss des Rahmenplans sollte erst erfolgen, wenn die Anregungen der Bürgerversammlung eingearbeitet sind.

Für die Verwaltung ist es laut **Bürgermeister Dr. Eger** wichtig, dass mit einem abgestimmten Rahmenplan in die Bürgerinformationsveranstaltung gegangen wird. Trotz des vorliegenden Rahmenplans seien auch künftige Alternativplanungen möglich. Er erinnert daran, dass in der Arbeitsgruppe die meisten Interessensvertreter der örtlichen Gemeinschaft vertreten waren und so eine breite Basis erreicht wurde.

Namens seiner Fraktion dankt **Gemeinderat Ferdinand Speckert** für die in der Arbeitsgruppe geleistete Arbeit, die durch die Mitarbeit der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ein sehr gutes Ergebnis gebracht habe. Deswegen könne seine Fraktion allen Beschlusspunkten zustimmen. Begrüßenswert beim Rahmenplan sei besonders, dass die Anregungen und Wünsche der Arbeitsgruppe hinsichtlich der schwächeren Verkehrsteilnehmer eingeflossen sind. Er richtet den Wunsch an die Verwaltung, die kurzfristigen Vorschläge anzuschieben, weil sich seine Fraktion eine Lösung noch offener Punkte erhoffe. Er erwähnt in dem Zusammenhang die Situation der Kirche bzw. das Schuhhaus Back, wobei sich seine Fraktion mit der vorgeschlagenen Kreisellösung nicht anfreunden könne. Wichtig sei auch, dass eine solche Maßnahme nur im Einvernehmen mit Privateigentümern vorgeschlagen wird, zumal es nicht nur um Geschäfts-, sondern auch um Wohnnutzung gehe. Die von seiner Fraktion für die Ortsmitte vorgeschlagene Minikreisel-Lösung sei zwar heute Abend nicht besprochen worden, aber als Option noch möglich.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist darauf hin, dass es auch für die Verhandlungen mit den Verkehrsbehörden notwendig sei, mit einem bestimmten Ziel in die Verhandlungen mit den Verkehrsbehörden zu gehen um Überzeugungsarbeit zu leisten.

**Gemeinderat Rudi Heger** dankt Dr. Gericke und erklärt, dass es seiner Fraktion auch lieber wäre, wenn zunächst die Bürgerinformationsveranstaltung stattfindet, bevor der Gemeinderat entscheide. Hinsichtlich der Geschwindigkeitsbegrenzungen der Hauptstraße sehe er persönlich Probleme, weil der ÖPNV gebremst und eventuell die Vertaktung nicht aufrecht erhalten werden könne. Zu begrüßen seien die sogenannten Bus-Caps, die den Verkehr zusätzlich beruhigen und zum Umfahren des Ortsteils anregen.

**Gemeinderätin Andrea Heim** spricht sich für die Vorstellungen der Gemeinde aus, die in der Bürgerinfoveranstaltung dargestellt werden. Über die Details des Rahmenplans müsse in der Zukunft detailliert beraten und beschlossen werden. Sie spricht sich für den Gemeindevollzugsdienst aus, weil es in St. Leon notwendig sei, die angeordneten Regelungen zu überwachen. Weiter müsse wegen der hohen Investitionen geprüft werden, ob diese im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen bezuschusst werden können. Sie fragt danach, in welchem zeitlichen Rahmen die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden können.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist darauf hin, dass dies die Entscheidung des Gemeinderates und vom finanziellen Spielraum der Gemeinde abhängig sei. Sowohl wegen der Finanzmittel wie auch wegen der Baumaßnahmen sei eine kurzfristige komplette Umsetzung nicht möglich.

Er schlägt vor, den Beschlusspunkt 1 mit der Formulierung zu ergänzen „als Grundlage für eine Bürgerinformation“. Er schlägt zu den von Gemeinderat Ittensohn angesprochenen Vorschlägen vor, diese bei der Detailplanung anzusprechen und zu beraten, weil sie nicht in den Beschlussvorschlag eingearbeitet werden können.

**Gemeinderat Roman Heger** spricht die zu beseitigenden Busbuchten an, die sich beim Ausfahren der Busse bewährt haben. Genauso geht er auf die Minikreisel ein, deren Nutzung besonders nachts nicht sinngemäß erfolgt und die zum schnellen Überfahren einladen. Er spricht die vorgesehenen Parkplätze an und bittet, diese an der Hauptstraße einzurichten. Für ihn sei auch der vorgesehene Kreisel an der katholischen Kirche nicht sinnvoll, vielmehr sollte anderweitig ein Vorplatz geschaffen werden.

**Bürgermeister Dr. Eger** hält fest, dass vom Gemeinderat für den Einmündungsbereich Walldorfer/ Hauptstraße die Variante 3 inklusive Neubau des Geschäftshauses präferiert werde. Erforderlich sei dazu, dass Einvernehmen mit dem Eigentümer erreicht werde.

**Bürgermeister Dr. Eger** stellt auf Wunsch des Gemeinderates die Beschlusspunkte der Verwaltungsvorlage einzeln zur Abstimmung.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

1. Dem vorliegenden Rahmenplan für die Hauptverkehrsstraße in Rot vom Mai 2011 vom Büro Modus Consult wird als Grundlage für eine Bürgerinformationsveranstaltung zugestimmt.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bürgerinformationsveranstaltung vorzubereiten.

**Der Gemeinderat fasst mit 19 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung, folgenden Beschluss:**

3. Die Verwaltung wird beauftragt auf Basis des Rahmenplans und der angedachten baulichen Maßnahmen mit der Landespolizeibehörde bzw. oberen Verkehrsbehörde beim Regierungspräsidium Karlsruhe die 30 km/h Geschwindigkeitsreduzierung wie im Erläuterungsbericht beschrieben und

auf den Plänen dargestellt abzustimmen.

Der Gemeinderat fasst mit 18 Ja-Stimmen, bei 2 Gegenstimmen, folgenden Beschluss:

4. Die Verwaltung wird beauftragt für die als kurzfristig bezeichneten Maßnahmen die erforderlichen Angebote für die erforderlichen Ingenieurleistungen beim Büro Modus Consult einzuholen und zur Beschlussfassung vorzubereiten.

Der Gemeinderat fasst mit 18 Ja-Stimmen, bei 2 Gegenstimmen, folgenden Beschluss:

5. Die Verwaltung wird beauftragt für die erforderliche Bebauungsplanänderung „Hauptstraße 49-85“ ein Angebot für die erforderlichen Ingenieurleistungen einzuholen. Vorzugsweise sollte dies, wenn möglich, ebenfalls zusammen mit dem Büro Modus Consult bearbeitet werden.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

6. Die Verwaltung wird beauftragt über die STEG abzuklären, inwieweit die geplanten Maßnahmen im Sanierungsgebiet zuschussfähig sind.

Sitzung am: Dienstag, 28. Juni 2011	Nr. 6 Ö	Tagesordnungspunkt:	5
Bebauungsplan „Golfplatz St.Leon-Rot, 4. Änderung und Erweiterung“:			
1. Beratung und Beschlussfassung zu den im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § Abs. 1 BauGB sowie der vorgezogenen Beteiligung der Fachbehörden nach § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen			
2. Weiteres Verfahren			

**Ausführungen und Beschluss:**

Nach einführenden Worten von **Bürgermeister Dr. Eger** erteilt er Landschaftsarchitekt Hannes Schreiner das Wort zum Sachvortrag.

**Landschaftsarchitekt Hannes Schreiner** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Er geht dabei detailliert auf die Anregungen und Stellungnahmen in der der Vorlage beigefügten Liste ein. Er spricht die Stellungnahme an, wonach Flächen im alten Golfplatzbereich zu hoch verfüllt worden sein sollen und führt aus, dass dies nicht der Fall ist. Allerdings sei in dem Zusammenhang festgestellt worden, dass der Hochwasserdamm im Bereich der Kläranlage Kronau um 6 cm zu nieder angelegt ist. Zuständig dafür sei das Land Baden-Württemberg. Dies habe allerdings mit der geplanten Maßnahme nichts zu tun.

**Gemeinderat Siegfried Köck** bedankt sich für die Ausführungen und Erläuterungen. Es habe sich gezeigt, dass die Bedenken seines Fraktionskollegen Geider berechtigt waren. Er fragt, wer das Manko des zu niedrigen Dammes zu vertreten hat. Namens seiner Fraktion stimmt er dem Beschlussvorschlag zu.

**Landschaftsarchitekt Schreiner** erläutert, dass das Land Baden-Württemberg zuständig ist, das durch das Regierungspräsidium vertreten werden werde. Dahin hätten sich die betroffenen Gemeinden zu wenden, um eine Verbesserung der Situation zu erreichen.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Im Rahmen der vorgezogenen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 sowie der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB wurden Anregungen vorgebracht, die aus der beigefügten Liste -Anlage 1- ersichtlich sind. Der Gemeinderat beschließt die hier unterbreiteten Abwägungsvorschläge.
2. Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, unter anderem mit der Durchführung der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB im Parallelverfahren (§ 4a Abs. 2 BauGB).

Sitzung am: Dienstag, 28. Juni 2011	Nr. 6 Ö	Tagesordnungspunkt:	6
Beratung ggf. Änderung der Vereinsförderrichtlinien der Gemeinde St. Leon-Rot			

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der folgende Beitrag von **Gemeinderat Karl Ittensohn** wird gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

„Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Eger! Auch wenn die Gemeindenachrichten vielleicht noch ein bisschen dicker werden, bitte ich hier bei diesem Reizthema für uns Gemeinderäte über alle Fraktionen hinweg um Aufnahme ins Wortprotokoll meiner Ausführungen.

Die Fraktion der Freien Wähler hat den Antrag der Überarbeitung gestellt, da wir der Auffassung sind, dass wir nach einer Gültigkeit von 12 Jahren die Vereinsförderrichtlinie auf die Handhabung und die Anwendung auf den Prüfstand stellen können. Wir mussten in der Vergangenheit sehr viele Einzelentscheidungen treffen oder es wurden viele Einzelentscheidungen getroffen, die sehr häufig zu Missstimmung führten. Wir wollen der Gemeindeverwaltung auch wieder eine sichere und verlässliche Vorgehensweise schaffen, damit hier in Zukunft wieder eine klare Linie herrscht. Wir stellen folgenden Erweiterungsantrag, die aufgenommen werden sollen in die Förderrichtlinien.

1. Die Formulierung, dass für Maßnahmen, die nicht den Förderrichtlinien entsprechen, durch Einzelentscheidungen des Rates Maßnahmen bezuschusst werden können, müssen wir komplett in den Vereinsförderrichtlinien streichen, dass die Einzelmaßnahmen nicht mehr diskutiert oder in Frage gestellt werden.
2. Wir möchten nur noch Zuschussanträge vorgelegt bekommen, die den Richtlinien entsprechen. Hierzu

muss von den sporttreibenden Vereinen auch der positive Zuschussbescheid des Sportbundes in schriftlicher Form vorliegen.

3. Alle Zuschussanträge müssen dem Gemeinderat vorgelegt und sollen dann auch genehmigt werden.
4. Es müssen mindestens drei Angebote der Maßnahme vorliegen, denn wenn die Gemeinde etwas bauen lässt, müssen wir auch mehrere Angebote einholen. Wir erwarten dies von den Vereinen auch.
5. Sonderregelung wie Eilentscheidungen können nur noch akzeptiert werden, wenn durch einen entstehenden Schaden der weitere Betrieb des ideellen Vereinszweckes nicht mehr gewährleistet werden kann.
6. Die Transparenz der Abrechnung der Vereinsförderung muss für den Gemeinderat geöffnet werden. Wir stellen uns vor, dass bei einem Zuschuss größer als 10.000 € jede einzelne Fraktion eine Einsicht der Unterlagen auf Wunsch erhalten muss.
7. Wir fordern eine Deckelung der maximalen Höhe der Vereinsförderung. Aufgrund der Tatsache, dass in Zukunft die Ausgaben für unsere Pflichtaufgaben immer höher werden, benötigen wir hier eine Deckelung. Über die Höhe können wir mit Sicherheit noch diskutieren. Ebenso muss der Geltungsbereich, der Zeitraum des Geltungsbereiches, festgelegt werden.
8. Wir möchten eine maximale Förderung eines Vereines in Höhe von 250.000 € über einen Bemessungszeitraum von fünf Jahren in die Vereinsförderrichtlinien aufnehmen.
9. Die maximale Zuschusshöhe der Gemeinde darf 33% nicht übersteigen, auch wenn irgendwelche im Vorfeld geplanten Zuschüsse von anderen Institutionen ausfallen.

Wir bitten die neun Punkte in die Vereinsförderrichtlinien mit aufzunehmen und bitten um Zustimmung aller Fraktionen für die vorgetragenen Punkte.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Jetzt war ich etwas schneller. Danke!“

Laut **Bürgermeister Dr. Eger** ist die Deckelung der Zuschüsse das Problem, wenn sie unabhängig von der Finanzlage der Gemeinde erfolgen soll. Wenn es nicht von der Finanzlage der Gemeinde abhängt, sei Ziel, die Investitionen und Handlungsfähigkeit der Vereine zu beschränken. Mit dem Vorschlag werde nicht die Handlungsfähigkeit der Gemeinde erhalten oder verbessert, sondern die Aktivitäten der Vereine beschränkt. Bereits jetzt bestehe in den Förderrichtlinien die Regelung, dass kein Rechtsanspruch auf einen Zuschuss bestehe und Zuschüsse nur im Rahmen des Haushaltsplanes geleistet werden können. Darauf basierend könne jährlich festgelegt werden, ob Zuschüsse möglich sind oder nicht.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** versucht mit einem Beispiel, bei dem ein sehr hoher Zuschuss anfallen würde, die Deckelung zu begründen.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist darauf hin, dass die Förderrichtlinien die Wirtschaftlichkeit der Investitionen vorschreiben und es Aufgabe des Gemeinderates ist, festzustellen, dass ein Zuschuss die Gemeinde überfordert.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** bildet nochmals ein Beispiel, mit dem die von seiner Fraktion gewünschte Deckelung begründet wird. Es gehe darum, bei durch Sponsoren geförderte sehr große Projekte eines Vereins zu vermeiden, dass extrem hohe Zuschüsse zu bezahlen sind. Seine Fraktion wünsche, dass die Deckelung in die Förderrichtlinien aufgenommen wird.

**Bürgermeister Dr. Eger** ist der Meinung, dass das Beispiel mit dem großen Sponsor wohl unrealistisch ist, weil Sponsoren selten auftreten. Nach wie vor habe der Gemeinderat die Aufgabe, bei Projekten abzuwägen, ob diese sinnvoll und für die Gemeinde trotz eines eventuellen Sponsors leistbar ist. Diese Entscheidung sollte man nicht vorwegnehmen, sondern im Einzelfall treffen.

Der folgende Beitrag von **Gemeinderat Roman Heger** wird gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

„Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ausnahmsweise auch mal ins Wortprotokoll. Bitte.

Zunächst die Frage, Karl an dich, was machen wir mit den Vereinen, die also nicht dem Sportbund angehören (DSB), wie können wir die finanzieren?

Bei unserer Beratung zum TOP 6, Änderung der Vereinsförderrichtlinien, kam die Fraktion CDU St. Leon-Rot schnell zum Entschluss, die Richtlinien so zu belassen, wie sie derzeit sind. Wir glauben, die Richtlinien haben sich über Jahre lang bewährt. Es sind viele Vereine finanziell unterstützt worden. Denn ohne diese Unterstützung wären viele Vereinsobjekte nicht zustande gekommen.

Die Diskussionen sind letztlich nur wegen den Einzelentscheidungen aufgekommen. Man sollte sich da in Zukunft an die Richtlinien halten, denn die sind ganz klar definiert. Die Fraktion CDU St. Leon-Rot wünscht daher keine Änderung der Vereinsförderrichtlinien. Wir können uns aber gut vorstellen, dass der Passus Nr. 5 mit den Einzelentscheidungen aus dem allgemeinen Teil gestrichen wird. Hier würde unsere Fraktion auch mitgehen. Danke!“

**Gemeinderat Ferdinand Speckert** bestätigt, dass sich die Vereinsförderrichtlinien seit ihrer Erstellung bewährt haben. In den letzten Monaten wurden vom Gemeinderat Einzelentscheidungen getroffen, die den Gedanken der Deckelung aufgebracht haben, weil sie stark von den Förderrichtlinien abgewichen sind. Der vorgetragene Vorschlag der Deckelung sei sinnvoll, weil es auch ein Signal an die Vereine sei. Wegen der in der jüngeren Vergangenheit beantragten großen Vereinsprojekte halte es seine Fraktion für erforderlich, eine Deckelungsregelung in die Förderrichtlinien aufzunehmen, die dann entsprechend angewandt werden könne.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist darauf hin, dass Entscheidungen auslösendes Moment waren, bei denen Vorhaben zu 100 Prozent bezuschusst wurden. Allerdings nicht im Bereich großer Investitionen, sondern bei



Vorhaben um 10.000 Euro. Daraus ergebe sich, dass eine Deckelung nicht notwendig werde. Ausgenommen sind die Diskussionen um Sportplatzbau, die etwa im Rhythmus von 10 Jahren aufkommen. Der Sportplatzbau bedinge entsprechende Summen. Allerdings sei der Sportplatzbau und die Unterhaltung durch die Beteiligung der Vereine für die Gemeinde günstiger, als wenn sie die Sportplätze selbst erstellen und unterhalten müsse.

**Gemeinderat Rudi Heger** erklärt für die FDP-Fraktion, dass sich die Förderrichtlinien seit ihrem Erlass bewährt haben. Eventuell könne der Passus wegen der Einzelentscheidungen ausgenommen werden, dies sei bereits mit den Entscheidungen über die hundertprozentige Bezuschussung von Maßnahmen begründet worden. Eine Deckelung der Zuschüsse lehne seine Fraktion ab, weil der Gemeinderat in der Lage sei zu entscheiden, ob eine Maßnahme bezuschusst wird oder nicht. Deshalb sollten die Förderrichtlinien wie bisher bestehen bleiben.

**Gemeinderätin Andrea Heim** meint, dass die Förderrichtlinien sich bewährt haben. Hinsichtlich der Deckelung sei ihre Fraktion unterschiedlicher Meinung, sie stellt dies am Beispiel eines Sportplatzbedarfes dar. Es könne entweder die Einzelfallentscheidung aus der Förderrichtlinie herausgenommen oder auf die Deckelung verzichtet werden.

**Bürgermeister Dr. Eger** stimmt den Ausführungen von Gemeinderätin Heim zu.

Daran schließt sich eine kurze Diskussion wegen der vorgeschlagenen Deckelung an, die nach der Meinung von Bürgermeister Dr. Eger wegen eventueller großer Projekte nicht praktikabel ist.

Der Beitrag von **Gemeinderat Adolf Geider** wird gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut des Protokolls aufgenommen:

„Ja, werte Anwesende! Herr Eger. Ich muss euch mal die Sache etwas leichter machen, dem gesamten Gemeinderat. Ich möchte ab jetzt ins Wortprotokoll. Wenn auch der Kollege meint, er muss nicht rein. Um die Sache bei der Abstimmung etwas zu erleichtern, will ich ein Protokoll aus dem Jahre 15.3.2002 vortragen. Ich nehme nur Ausschnitte, weil sonst wird es zuviel. Mit für alle Zuschussanträge geltenden grundsätzlichen Worten.“

**Bürgermeister Dr. Eger:** Moment, jetzt ist die Frage, aus welchem Protokoll tragen sie jetzt vor?

**Gemeinderat Adolf Geider:** Aus dem Gemeinderatsheft. Aus der Niederschrift des Gemeinderats, was dort den Bürgern übermittelt wurde Aus dem Jahre 15. März 2002. Ich habe in meiner Kommode gekrempelt und hab dieses festgestellt.

„Also noch mal: Mit für alle Zuschussanträge geltenden grundsätzlichen Worten nahmen Sprecher der Fraktionen zu diesem und folgenden Anträgen Stellung. Darin wurde deutlich gemacht, dass die Gemeinde an der Grenze des Machbaren angelangt sei. Weshalb für die Zukunft restriktiv mit Zuschüssen verfahren werden müsse. Vor allem bei Nachträgen könne nicht mehr zugestimmt werden. Es sei auch über eine Deckelung bei den Vereinszuschüssen nachzudenken, damit die Gemeinde handlungsfähig bleibe. Trotz der mit den Zuschüssen zusammenhängenden positiven Ansätze wird eine Bezuschussung wie bisher nicht mehr möglich sein. Das gleiche gelte auch für ausfallende Sportzuschüsse des Sportbundes, die auch weiterhin, was ich jetzt sage, gefördert wurden. Die nicht mehr ersetzt werden können, die müssten die Verantwortlichen der Vereine, dies müssen die Verantwortlichen der Vereine zur Kenntnis nehmen.“

Jetzt der beim badischen Sportbund für diese Maßnahme beantragte Zuschuss fiel um 46.200 geringer aus, als zunächst erwartet. Deshalb trat der Verein an die Gemeinde heran, mit der Bitte, den Gemeindegzuschuss um den ausgefallenen Betrag zu erhöhen. Der Zuschussansatz fehlt leider. Der Gemeinderat hat in seiner für alle in dieser Sitzung behandelten Zuschussanträge gültigen Stellungnahme darauf hingewiesen, dass einem solchen Antrag letztmals entsprochen wird. Und es wurde in letzter Zeit auch wieder besprochen und verhandelt. Ich hab das aber nicht gewusst, weil ich das jetzt erst gefunden habe. Aber von Seite der Verwaltung hätte man da zurückgreifen müssen und die Vereine aufklären, Leute wir können diesen Zuschuss leider Gottes nicht mehr übernehmen. Wir sind an der Grenze angelangt, das hat man 2002 hier festgestellt.

Jetzt kommt noch was. Diese Sache wäre mal erledigt. Jetzt hab ich noch eine Sache. Herr Eger, Sie schreiben im Gemeindeblatt, dass der Gemeinderat die Förderrichtlinien aufgeweicht hätte. Das ist aus meiner Sicht nicht korrekt und werde dies auch so nicht hinnehmen. Wenn Sie schreiben, die Mehrheit des Gemeinderates und die Verwaltung kann ich jedoch mit leben. Begründung: Ich persönlich als Gemeinderat habe schon mehrmals solchen Aufweichungen widersprochen, jedoch ohne Unterstützung der Verwaltung. Das Gegenteil war der Fall. Mit schwerem Vorwurf von Seite der Verwaltung, wurde ich konfrontiert. Herr Eger, ich bitte solche Anschuldigungen in Zukunft öffentlich in der Niederschrift mit der Aussage der Gemeinderat ist es immer, wenn es nicht so zutrifft, anders zu formulieren. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!“

**Bürgermeister Dr. Eger** geht auf die Vorwürfe von Gemeinderat Geider ein und erklärt, dass man darüber diskutieren könne. Die Verwaltung habe ihre restriktive Haltung bei den Zuschüssen geändert, weil die Vereine bei einer Ablehnung politische Einflussnahme über den Gemeinderat genommen und erreicht haben, dass positiv entschieden wurde. Er wies darauf hin, dass seit 2002, aus dem das Zitat stammt, die Gemeinde durch Zuschüsse zu Vereinsvorhaben nicht in Schieflage gebracht wurde. Es müsse vielmehr gefragt werden, ob es in der Zeit einen Zuschuss gegeben habe, der nicht sinnvoll angelegt gewesen sei. Dies könne bis auf die Ausnahmen, bei denen man von den Förderrichtlinien abgewichen sei, verneint werden. Er sehe eine Phantomdiskussion, weil die vergangenen 9 Jahre gezeigt haben, dass die Gemeindefinanzen durch Zuschüsse nicht beeinträchtigt wurden.



**Gemeinderat Achim Schell** erklärt sowohl als Gemeinderat wie auch als Vereinsvertreter, dass die gültigen Förderrichtlinien von den Vereinen akzeptiert werden. Auch hielten sich die Vereine überwiegend an diese Richtlinien. Einzig über den Passus der Einzelentscheidungen könne man diskutieren, dieser könne aber seiner Meinung nach aus den Förderrichtlinien herausgenommen werden. Eine Deckelung sei in den Förderrichtlinien bereits durch den Passus enthalten, dass Investitionsmaßnahmen nur einmal in 10 Jahren bezuschusst werden. Er spricht sich gegen eine Deckelung der Zuschüsse aus und ist der Meinung, den Passus der Einzelfallentscheidung aus den Förderrichtlinien zu nehmen. Damit werde auch der direkten Einflussnahme von Vereinsvertretern auf Gemeinderäte der Boden entzogen.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** informiert im Namen seiner Fraktion, dass die Deckelung in die Förderrichtlinien aufzunehmen ist, um die Zuschüsse zu begrenzen. Er stellt abschließend den Antrag auf Abstimmung mit dem Hinweis, dass in der Aussprache wohl keine neuen Aspekte mehr vorgetragen werden.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist auf die Regelung hin, dass nur ein Gemeinderat, der bisher nicht zur Sache gesprochen habe, den Antrag auf Abstimmung stellen könne.

**Gemeinderat Reino Stegmüller** erklärt, dass die Förderrichtlinien ein gutes Instrument seien und nicht geändert werden brauchen. Dies gelte auch für die Regelung der Einzelentscheidung, die der Gemeinderat nutzen könne. Es drehe sich für ihn lediglich um eine Deckelung, über deren Handhabung man noch diskutieren könne. Es handle sich um ein psychologisches Instrument, mit dem die Vereine auf das Maßhalten hingewiesen werden, um Auswüchse zu vermeiden.

**Gemeinderat Roland Hecker** meint, dass der Gemeinderat über die Einzelentscheidungen Fehler gemacht habe. Seiner Meinung nach sei vielmehr der Ablauf der Zuschüsse nicht klar geregelt, weil im laufenden Jahr Entscheidungen getroffen werden, die das kommende Haushaltsjahr betreffen. Diese Reihenfolge der Entscheidungen sei kritisch zu bewerten, weil Festlegungen getroffen werden, bevor klar ist, ob die Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Dies sollte umgedreht werden, dass zunächst festgelegt wird, welche Mittel die Gemeinde zur Verfügung stellt. Der Gemeinderat habe das Recht, den Haushalt einzubringen, weshalb Entscheidungen nicht vor diesem Zeitpunkt erfolgen sollten. Eine Deckelung ist nicht anzustreben, weil sie die Eigengestaltung und Dynamik der Vereine reduziere. Die Vereine stellten Anlagen zur Verfügung, die von der Bevölkerung genutzt werden und die in einem Zeitraum von 10 Jahren zu erneuern sind. Abschließend stellt Gemeinderat Hecker fest, dass die Regelung der Einzelfallentscheidung aus der Förderrichtlinie herausgenommen werden müsse.

**Bürgermeister Dr. Eger** weist darauf hin, dass das Haushaltsrecht dem Gemeinderat zustehe und bei den vorgezogenen Entscheidungen auch beachtet werde. Es gehe darum, ob die Gemeinde flexibel sein könne. Diese Entscheidungen hätten den Spielraum oder die Finanzierungskraft der Gemeinde bisher nicht beeinträchtigt, was auch nicht für die Zukunft zu erwarten ist.

**Gemeinderat Siegfried Köck** unterstützt die Meinung von Gemeinderat Hecker und erklärt, dass bei der Aufstellung des Haushaltes über eine Deckelung je nach finanzieller Situation zu entscheiden wäre. Je nach Gewerbesteueraufkommen können die Ausgaben für die Pflichtaufgaben steigen und freiwillige Ausgaben zurückgefahren werden.

**Bürgermeister Dr. Eger** meint, dass die Festlegung eines Investitionsbudgets bei den Haushaltsberatungen Sinn mache, weil der Handlungsspielraum dann bekannt sei.

**Gemeinderätin Anneliese Runde** stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Aussprache zu beenden.

**Gemeinderat Albert Weinlein** geht in seiner Stellungnahme auf die Deckelung ein, die er nicht für notwendig hält, weil sie die Investitionsfähigkeit der Vereine behindere. Für ihn sei bei finanziellen Problemen der Prozentsatz des Zuschusses die Stellschraube.

Abschließend wird im Gemeinderat darüber diskutiert, ob die in dem Antrag der Freien Wähler enthaltenen Punkte zur Änderung der Förderrichtlinien zur Abstimmung gebracht werden sollen. Es wird die Meinung geäußert, dass dies aus dem Stegreif heraus schwierig ist, weshalb **Bürgermeister Dr. Eger** vorschlägt, dass die Verwaltung dies in einer Vorlage aufbereitet und zur Entscheidung vorlegt. Zur Ergänzung schlägt Bürgermeister Dr. Eger vor, ein jährliches Investitionsbudget festzulegen. Er fordert weiter dazu auf, weitere Änderungswünsche der Verwaltung rechtzeitig mitzuteilen, um die Fraktionen informieren zu können.

**Der Gemeinderat ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.**

**Sitzung am: Dienstag, 28. Juni 2011 Nr. 6 Ö**

**Tagesordnungspunkt: 7**

**Antrag des VfB auf Baukostenzuschuss für Mehrzweckgebäude**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Er weist darauf hin, dass auf Grund der Diskussion beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt auch entschieden werden müsse, ob dieser Antrag vorzeitig entschieden werden kann.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** erinnert an die Aussage des Gemeinderats in der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Technik, der den VfB vertritt, ob über den Kunstrasenplatz hinaus noch weitere Baumaßnahmen vorgesehen sind. Dies sei verneint worden. Trotzdem liege dieser Antrag vor, der nicht ganz den Förderrichtlinien entspricht, weil das Gebäude für den ideellen Vereinszweck auf Grund der Entfernung zum Kunstrasenplatz nicht unbedingt erforderlich ist. Er signalisiert die mehrheitliche Zustimmung seiner Fraktion zu den Teilen, die den Förderrichtlinien entsprechen. Er stellt den Antrag, dass der Verein zwei Angebote vorzulegen

habe, weil der pro Kubikmeter umbauten Raums angesetzte Betrag sehr hoch sei. Seine Fraktion unterstütze den Teil des Zuschussantrages, der den Vereinsförderrichtlinien entspricht, weshalb der Verkaufsraum und ein Teil der WC-Anlage auszunehmen sind. Seine Fraktion sei auch nicht bereit, eventuell ausfallende Zuschüsse anderer Zuschussgeber zu ersetzen. Er bittet die Verwaltung, den Antrag hinsichtlich Ausführung und Räumlichkeiten noch einmal zu überarbeiten und erneut vorzulegen und über den Zuschuss des badischen Sportbundes zu informieren.

Der folgende Beitrag von **Gemeinderat Roman Heger** wird gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen.

„Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Bitte wieder ins Wortprotokoll!

Zunächst zu den Ausführungen vom Kollegen Ittensohn. Ich war im Bauausschuss gesessen und dann ist da zugestimmt worden zum Zweckgebäude. Und dann ist gefragt worden, ob da ein Antrag kommt, da hab ich gar nichts gesagt. Also das, was du eben gesagt hast, das stimmt nicht. 2. Hier liegt ein Angebot, bzw. Berechnung von unserem Architekt vor, der war langjähriger Gemeinderat. Also wenn du das behauptest, dass das nicht in Ordnung ist, dann muss ich sagen, das ist starker Tobak. Ich glaube, der hat schon so viele Häuser gebaut und so viel Bauplanungen gemacht, das kann mit Sicherheit nicht so sein. Fakt ist das nächste, die Pergolen und das Dach, das ist ein Dach wo vielleicht ein paar Meter raus oder ich weiß nicht wie viel das rausgezogen wird, dass man sich auch drunter stellen kann. Das ist eigentlich bei jedem Dach so. Bei jedem Objekt ist das so veranschlagt. Dann, da muss ich dir recht geben, Verkaufsraum ist vermutlich schlecht deklariert. Zum Verkaufsraum muss ich klar sagen, das ist vielleicht unglücklich deklariert. Weil, wir haben einen Pächter auf unserem Clubhaus, und der hat das ganze Lobby auf unserem Vereinsgelände. Verkaufsraum, wenn ich da Zweckraum reingeschrieben hätte oder irgendetwas vom Schiedsrichter, hätte es vielleicht auch gepasst. Aber bitte, wir lassen Verkaufsraum drinstehen zur Zufriedenheit vom Kollegen Ittensohn.

Mit dem Antrag vom 17.03.2011 stellt der VfB St. Leon einen Antrag auf Bezuschussung eines Mehrzweckgebäudes am neuen Kunstrasenplatz gemäß den bestehenden Vereinsförderrichtlinien der Gemeinde. Der Bau des Kunstrasenplatzes hat bekanntlich mit dem Spatenstich am 13.04.2011 begonnen und die Fertigstellung steht kurz bevor. Zur Pflege des Kunstrasenplatzes muss ein Traktor mit verschiedenen Zusatzgeräten angeschafft und es muss die Unterstellmöglichkeit geschaffen werden. Um die Mannschaften bei schlechter oder kalter Witterung in der Halbzeit nicht im Freien stehen zu lassen, sind zwei kleine Umziehräume geplant. Da auf dem neuen Rasenplatz das ganze Jahr gespielt wird, ist es auch sinnvoll, dort WC's zu installieren. Weiterhin wurde ein ca. 15 qm großer Verkaufsraum, Mehrzweckraum, mit im Gebäude eingeplant. Sämtliche oben angeführten Maßnahmen sollen in einem Mehrzweckgebäude realisiert werden. Da es sich um ein einfaches Gebäude handelt, soll dieses vom VfB in 90%er Eigenleistung gebaut werden. Eine vorzeitige Baufreigabe seitens des Badischen Sportbundes liegt bereits schriftlich vor bzw. liegt der Gemeindeverwaltung schriftlich vor. Aus obengenannten Gründen bittet der VfB St. Leon um einen Zuschuss in Höhe von 33 % der Baukosten gemäß den Förderrichtlinien, die erst im Jahre 2012 zur Auszahlung kommen sollen. Das Gebäude soll im Zuge mit dem Bau des Kunstrasens erstellt werden. Daher wird um eine Entscheidung und vorzeitige Baufreigabe gebeten. Danke!“

**Gemeinderat Roland Hecker** stellt fest, dass die Förderrichtlinien auch hinsichtlich des Verkaufsraumes gelten sollten. Sie gelten aber auch für die Ermittlung der Kosten, für die nach den Richtlinien eine Kostenschätzung wie vorgelegt notwendig ist. Dadurch entfalle die Forderung der FW-Fraktion, Angebote vorzulegen. Seine Fraktion unterstütze den Antrag, wünsche jedoch von der Verwaltung, dass der Antrag hinsichtlich des Verkaufsraums und der WC-Anlagen überprüft und neu berechnet wird. Er verweist dazu auf die Ausführungen zur Zuschussgewährung im folgenden Tagesordnungspunkt.

**Bürgermeister Eger** erläutert die dort angewendete Regelung, wobei bei teils ideeller, teils wirtschaftlicher Nutzung von Sanitäranlagen der Aufwand nur zu 50 Prozent angesetzt werden kann.

**Gemeinderätin Heim** fragt, welchen Aufwand der badische Sportbund bei seiner Zuschussgewährung zugrunde gelegt hat.

**Hauptamtsleiter Braun** informiert, dass dieser laut Schreiben des Badischen Sportbundes 21.600 Euro betrage, weil von Pauschalen ausgegangen wird. Der Zuschusssatz betrage 30 Prozent.

**Gemeinderat Adolf Geider** erklärt, dass er dem Verein kein Vertrauen mehr entgegenbringe, weil er von einem Gemeinderat die Auskunft erhalten habe, dass keine weiteren Maßnahmen geplant sind. Er werde den Zuschussantrag des Vereins deshalb ablehnen. Er stellt zur Kenntnis der Bürgerschaft fest, dass hier in den letzten 10 Jahren über eine Million Euro geflossen sind.

**Bürgermeister Dr. Eger** erklärt, dass die Verwaltung nachprüfen werde, ob die Aussage von Gemeinderat Geider zutreffe. Die Aussage von Gemeinderat Geider stehe deshalb unter dem Vorbehalt der Nachprüfung.

**Gemeinderat Roman Heger** weist darauf hin, dass der Verein schon drei Monate auf die vorzeitige Baufreigabe warte und deswegen nicht zum Jahresende weiter warten könne, weil sich dadurch die Maßnahme verteuere. Er habe den Eindruck, dass dem VfB Prügel zwischen die Beine geworfen werden. Der Verein müsse sich nicht dafür entschuldigen, dass er nach vielen Jahren mit massiver Unterstützung eines Sponsors einen neuen Sportplatz baue.

**Gemeinderat Benjamin Speckert** beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes, weil die Unterlagen nochmals aufzubereiten sind. Deshalb sollte heute keine Entscheidung getroffen werden.

**Hauptamtsleiter Braun** erklärt, dass er die Vorlagen für diesen und den nächsten Tagesordnungspunkt er-

stellt habe und dabei dem Grundsatz gefolgt sei, nicht zu penibel zu sein. Er habe den Verkaufsraum nicht gestrichen, weil der Anteil relativ gering ist. Die WC-Anlagen wurden als für die Sportlerinnen und Sportler und für die Zuschauer erforderlich angesehen. Beim Folgeantrag sei die WC-Anlage deswegen anders zu behandeln, weil sie auch dem Clubheim diene. Deswegen wurde ein den Verein nicht benachteiligenden Abzug vorgenommen.

**Gemeinderat Achim Schell** schlägt vor, den Antrag nicht zu vertagen, sondern vielmehr zuzustimmen mit dem Auftrag an die Verwaltung, den genauen Zuschussbetrag zu berechnen. Sein Antrag gehe auf entsprechende Handlungsweise in der Vergangenheit zurück.

**Gemeinderat Siegfried Köck** erinnert, dass der Tagesordnungspunkt in der Vergangenheit vertagt wurde, weil er wegen der vollen Tagesordnung nicht behandelt werden konnte. Um den Verein nicht zu behindern, könne seine Fraktion mehrheitlich zustimmen.

**Bürgermeister Dr. Eger** schlägt vor, die angesprochenen Teile raus zu rechnen und die Baukosten vom Bauamt fachlich prüfen zu lassen, um darauf basierend eventuell eine Reduzierung vorzunehmen.

**Gemeinderätin Andrea Heim** signalisiert Zustimmung zur Baufreigabe und zur Neuberechnung des Zuschusses unter den genannten Gesichtspunkten.

**Gemeinderat Roland Hecker** informiert, dass seine Fraktion nicht für die Vertagung sei.

**Bürgermeister Eger** stellt den Vertagungsantrag zur Abstimmung.

**Der Gemeinderat lehnt den Vertagungsantrag bei 4 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, mit 15 Gegenstimmen ab.**

Anschließend stellt **Bürgermeister Eger** den neuformulierten Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung:

**Der Gemeinderat beschließt mit 15 Ja-Stimmen, bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen folgenden Beschluss:**

1. **Die Gemeinde unterstützt den VfB St. Leon beim Bau eines Mehrzweckgebäudes durch einen Zuschuss nach den Förderrichtlinien von 33 % der Baukosten. Die Baukostenberechnung laut Anlage 2 ist im Hinblick auf die Höhe des angesetzten Kubikmeterpreises zu überprüfen. Vordach (Pergola) und Verkaufsraum (15,11qm) werden nicht bezuschusst.**
2. **Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2012 aufzunehmen und entsprechend der Förderrichtlinien auszubezahlen.**
3. **Der vorzeitigen Baufreigabe wird zugestimmt.**

**Gemeinderat Roland Hecker** teilt in einer persönlichen Erklärung mit, dass er dem Antrag zugestimmt habe, um den VfB bei der Baumaßnahme nicht zu behindern. Der Festlegung, die vorgelegten Baukosten zu überprüfen, stimme er nicht zu, weil er es als nicht gerechtfertigt und fair gegen den Architekten erachte, der die Baukosten ermittelt hat.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** erklärt in einer persönlichen Erklärung, dass ein Gemeinderat das Recht habe, die für Mehrzweckgebäude pro Kubikmeter angesetzten Sätze von 240 € bzw. von in einem anderen Fall von 150 € zu hinterfragen. Es handle sich nicht um einen Angriff auf einen Architekten. Es sei auch festzustellen, dass ein ordnungsgemäßer Antrag nach den Förderrichtlinien Mitte Dezember 2010 hätte vorliegen müssen. Er habe dem Antrag zugestimmt, um den VfB nicht zu behindern.

Bevor **Bürgermeister Dr. Eger** den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufen kann, stellt **Gemeinderat Achim Schell** den Antrag, die öffentliche Gemeinderatssitzung zu beenden.

**Bürgermeister Eger** weist darauf hin, dass die nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte auf jeden Fall wegen der Personalentscheidungen abzuhandeln sind.

Gemeinderätin Runde verlässt den Sitzungssaal.

**Bürgermeister Dr. Eger** stellt den Antrag, die öffentliche Sitzung zu schließen zur Abstimmung:

**Der Gemeinderat beschließt mit 10 Ja-Stimmen, bei 8 Gegenstimmen und 1 Enthaltung, die öffentliche Gemeinderatssitzung zu beenden.**

-/-